



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 2 (1932)

126 (6.6.1932)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-255085](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-255085)

Wahlkreuzbanner

NATIONALSOZIALISTISCHES
KAMPFBLATT NORDWESTBADENS

Anzeigen: Die Einzelteile Millimeterzelle 10 Pfennig. Die
4 geteilte Millimeterzelle im Text 25 Pf. Für kleine
Anzeigen: Die Einzelteile Millimeterzelle 5 Pf. Bei Wieder-
holung Rabatt nach anliegendem Tarif. Schluß der Anzeigen-
annahme: 16 Uhr. Anzeigenannahme: Mannheim P. 8, 11a
Telefon 31471; Geklung- und Erfüllungsort: Heidelberg.
Kaufmännischer Geschäftsbereich: Heidelberg. Verlagsleiter:
Die Volksgemeinschaft, Karlsruhe 21834.
Verlagsort Heidelberg

Nr. 126 / 2. Jahrgang

Mannheim, Montag, den 6. Juni 1932

Freiverkauf 15 Pfg.

Mecklenburg-Schwerin für Adolf Hitler

144 Prozent Zunahme seit dem 14. Sept. 1930 — Vorläufiges Ergebnis 29 von 58 Sitzen

Nach Oldenburg nun Mecklenburg! In unaufhaltsamem Siegeszug schreitet der Nationalsozialismus vorwärts. Noch ist zur Stunde das Wahlergebnis nicht vollkommen zu übersehen, denn 17 Wahlbezirke des Landes fehlen noch, aber schon jetzt steht der überwältigende Sieg unseres Führers Adolf Hitler fest. Die Hälfte aller Wähler hat sich für das erwachende Deutschland entschieden. Für die NSDAP sind gestern 36 834 Stimmen mehr als beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl für Hitler und genau so viel, wie zum zweiten Wahlgang abgegeben worden. Im Jahre 1929 nur 12 700; 1930: 72 000; 13. 3. 32: 139 000 und gestern 175 000. Alle übrigen Parteien, auch die Deutschnationalen haben Stimmen verloren. Da die Wahlbeteiligung etwa der vom 14. September 1930 entspricht, ja sogar noch etwas höher liegt, ist hier am ersten ein Vergleich möglich.

Die SPD verliert 17 300 Stimmen! Sie bucht gestern nur noch 107 600 gegenüber 124 900 Stimmen bei der Reichstagswahl 1930. Die SPD verliert etwa 800 Stimmen, denen die 947 Splitterstimmen der Sozialistischen Arbeiterpartei als einziges plus gegenüberstehen. Der Marxismus hat in Mecklenburg also über 17 000 Stimmen verloren und zwar ausschließlich auf Kosten der SPD, die seit dem 14. September rund 14 Prozent ihrer Stimmen einbüßt.

Die deutsche Staatspartei verliert getreu ihrer Tradition wiederum einige hundert Stimmen, was bei den ganzen 7 600 Wählern, die sie noch hat, etwas heißen will.

Vernichtend ist die fogenannte „bürgerliche Mitte“ aller Richtungen geschlagen. Volkspartei, Wirtschaftspartei und Volks-

Vorläufiges Wahlergebnis:

Partei	Landtagswahl 1932		Landtagswahl 1929		Reichstagswahl 1930
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	
NSDAP	175 864	29	12 721	2	72 033
DNVP	32 683	5	—	—	39 874
Arbeitsgem. nat. Mecklenburger	7 443	1	—	—	—
Bürgerl. Arbeitsgem.	7 667	1	8 962	1	8 096
SPD	107 669	18	120 570	20	124 922
SWP	947	—	—	—	—
RPD	26 850	4	16 451	3	27 644

dienst hatten sich zu einer Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger zusammengelächelt. Im Jahre 1930 erlangten diese Gruppen zusammen noch 49 300 Stimmen. Gestern ist ein elendes Häufchen von 7 400 Wählern und einem Mandat übrig geblieben.

Aber auch die bisher stagnierenden, mancherorts sogar zunehmenden Deutschnationalen haben in Mecklenburg ihre „Entwicklung nach unten“ fortgesetzt. 39 800 Stimmen am 14. September 1930, 48 400 Stimmen beim 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl — und heute nur noch 32 600 Stimmen. Also über 7 000 weniger als 1930 und über 15 000 weniger als im März ds. Js.

Erst morgen werden wir in der Lage sein, das endgültige Ergebnis melden zu können, aber nach den vorliegenden Meldungen steht

zu hoffen, daß die NSDAP das eine ihr zur absoluten Mehrheit fehlende Mandat noch erhalten wird. Eine ganz sichere Mehrheit von NSDAP und DNVP mit 34 von 58 Stimmen ist schon heute vorhanden.

Ein neuer herrlicher Sieg ist dank der unermüdeten Aufklärungsarbeit unseres Führers und der Mithilfe aller mecklenburgischen Parteigenossen errungen. Nun richten sich die Augen Deutschlands und der Welt auf den kommenden Kampf in Hessen, den Adolf Hitler wieder unter vollem persönlichem Einsatz führen wird. Auch Hessen muß unser werden. Und dann gilt es, die letzten Kräfte zusammen zu raffen, um im größten Wahlkampf, den Deutschland je sah, in den kommenden Reichstagswahlen, dem furchtbaren System des November 1918 endgültig den Todesstoß zu geben. Heil Hitler!

Die Mainlinie

Seit einer Woche ist nun vergangen, seitdem der Reichspräsident sich entschloß, auf die vom Zentrum für unentbehrlich gehaltene Führung des deutschen Volkes durch Herr Brüning zu verzichten. Wer vor Monaten zu behaupten wagte, es gebe auch ohne Brüning, der wurde von den alten Damen und politisierenden Prälaten des Zentrums mit warnend erhobenen Zeigefinger darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn Brüning ginge, unweigerlich das Chaos in Deutschland hereinbräche mit Bürgerkrieg und Zerfall des Reiches. Herr Brüning ging, wenn auch nicht ganz freiwillig und trotzdem ist nach einer Woche das angekündigte Chaos nicht eingetroffen.

Statt dessen hat das Übergangskabinet Papan das deutsche Volk mit dankenswerter Offenheit auf ein anderes Chaos hingewiesen, das nicht erst zu kommen braucht, sondern schon längere Zeit da ist und auf das unser Führer Adolf Hitler schon seit Jahren die Blicke aller deutschen Volksgenossen zu richten bemüht war.

Das Chaos im kulturellen, sozialen und finanziellen Leben des deutschen Volkes. Es ist zu hoffen, daß die derzeitige Reichsregierung, der allgemeinen Bilanz, die sie in ihrer Regierungserklärung gab, bald die genaueren Einzel-Rechnenschaftsberichte folgen läßt.

Der stille Abschied des Herrn Brüning hat ein sehr lautes Echo gefunden und zwar weniger bei der SPD, als seitens des allerchristlichsten Zentrums. Die Wutausbrüche der Zentrumszeitungen (wir gaben schon in den letzten Ausgaben einige Kostproben) dürften weite Kreise des deutschen Volkes, vor allem auch den Herrn Reichspräsidenten über die verabscheuenswürdige Gefinnungshenkelei dieser sich „christlich“ gebärdenden Partei aufgeklärt haben. Herr Prälat Kaas, der hochwürdige gegenwärtige Führer der Zentrumspartei, hielt es für angebracht, dem Reichskanzler von Papan gleich nach seiner Ernennung ein schulmeisterliches Kolleg über das „Christentum der Tat“ zu halten.

Was das Zentrum unter „Christentum der Tat“ versteht, dafür gaben seine Presseorgane in den letzten Tagen dankenswerten Aufschluß.

Der „Badische Beobachter“ brachte in seiner Samstagausgabe in einem Leitartikel „Wie alles kam“, folgenden denkwürdigen Satz:

„So war Brüning in das Kardinalproblem unserer Leidenszeit, die Arbeitslosenhilfe, verflocht, daß er die Reichsflederer, die in Deutschlands schwerster Zeit hinter wohlgeborgenen, exklusiven Klubmanern Dolchstoßorgien feierten, überhaupt nicht mehr sah, bezw. im Bedenken an den Satz, daß die Treue das Mark der Ehre sei,“ an ihre Ungefährlichkeit glaube.“
Da an anderer Stelle dieses Artikels

Die Straße frei den braunen Bataillonen...!

Vor der Aufhebung des SS-, SA- und Uniformverbotes

Berlin, 5. Juni. Wie die Telegraphen-Union zu der vom Reichsinnenminister Frhr. von Gayl in Königsberg angekündigten Neuregelung der verschiedenen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung von unterrichteter Seite erfährt, ist im Reichsinnenministerium bereits der Entwurf einer entsprechenden Notverordnung fertig gestellt, der als erstes das Reichskabinett bei seinem Wiederzusammentritt voraussichtlich am Dienstag beschäftigen wird.

Die neue Notverordnung soll zunächst alle bisherigen politischen Notverordnungen (nicht die wirtschaftlichen) aufheben und nur einige Bestimmungen in neuer Fassung enthalten. Aufgehoben würde vor allem das SA- und SS-Verbot, sowie das Uniformverbot. Die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit würden im weitesten Umfange

wieder hergestellt. Bestehen bleiben würden in erster Linie die Bestimmungen über Waffenbesitz und Waffentragen, ferner einige Bestimmungen, die grobe unrichtige Angriffe in der Presse und in Versammlungen verhindern sollen. Auch das Kontrollrecht des Reiches über die Wehrverbände dürfte aufrecht erhalten bleiben. Mit der Veröf-

fentlichung der Notverordnung ist Ende der Woche zu rechnen.

Wir sehen in der Wiedergutmachung des der SA und SS angetanen Unrechts eine Selbstverständlichkeit und erwarten, daß die angekündigten Verbotsaufhebungen schleunigst erfolgen.

Der Reichstag endlich aufgelöst!

Berlin, 4. Juni. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen

Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, den 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident:

gez.: von Hindenburg.

des „B. B.“ festgestellt wird, daß Staatssekretär Meißner und der jetzige Innenminister v. Gajl die Haupttreiber gegen Brüning gewesen seien, behauptet also der oben zitierte Satz nichts weniger als folgende Kleinigkeit:

Reichsinnenminister v. Gajl und Staatssekretär Meißner gehören zu den im „Bad. Beob.“ erwähnten Leichenfledderern und Reichspräsident von Hindenburg kann von Stüdt sagen, daß man ihn nicht direkt ebenso nennt, sondern ihm indirekt „nur“ vorwirft, er habe sich von Leichenfledderern beraten lassen!

Derartige Ungehörlichkeiten mit zentralistischer Frechheit und Scheinheiligkeit zu behaupten, das ist „Christentum der Tat“, wie es offenbar dem hochwürdigen Herrn Zentrums-Prälaten Kaas bei seinem Brief an den Reichskanzler vorge-schwebt hat.

Man könnte über diese und ähnliche Schmutzereien einer „christlichen“ Partei, die sich durch ihren moralischen Tiefstand, den sie damit offenbarte, selbst gerichtet hat, zur Tagesordnung übergehen. Herr von Hindenburg haben vor sieben Jahren die Schmutzkübel nichts geschadet, die die Zentrums-Prälaten über ihn ausschwenkten: er wird sich vermutlich auch heute nicht durch die Rückkehr dieser Leute zu den alten Methoden stören lassen, die offensichtlich geplant ist, seitdem er ihre Rechnung, er werde sich vor den Zentrumskarren spannen lassen, zerstört hat. Aber die neue Taktik des Zentrums zeigt, zunächst zwar sehr vorzüglich, einen neuen Plan, dessen Ungehörlichkeit nicht früh genug vor dem ganzen Volke aufgedeckt werden muß!

Wir zitieren hier einige Sätze aus den Zentrumszeitungen der letzten Tage.

„Es zeigt sich heute schon, daß hochgestellte Leute der Reichshauptstadt Dinge nicht kommen lassen, die man in der süddeutschen „Provinz“ mit pupillarischer Sicherheit erkannt hat. Nicht umsonst steigen in diesen Tagen, sogar in sozialistischen Kreisen, die föderalistischen Aktien wieder sprunghaft!“

Das ist nur der Anfang! Da man selbst nicht den Mut hat, offen mit seiner Meinung herauszutreten und lieber andere sagen läßt, was man selbst denkt, bestellt man sich schnell „einen ausländischen Korrespondenten“, um dann wie folgt schreiben zu können:

„Ein ausländischer Korrespondent schildert treffend, was Hindenburg mit dem

17 Prozent des österreichischen Bundesheeres eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

NSK Die Landespressestelle der Landesleitung Oesterreich der NSDAP teilt mit: Nach statistischen Errechnungen der Abteilung Org. I der Landesleitung Oesterreich sind

rund 17 Prozent aller Angehörigen des Bundesheeres eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

Diese Zahl ist außerordentlich hoch, wenn man bedenkt, daß in den meisten Kasernen sowohl von christlich-sozialen wie marxistischen Heeresangehörigen oft ein recht erheblicher Druck auf die Gesinnungsfreiheit ausgeübt wird. Wir begrüßen die nationalsozialistischen Wehrmänner auf das herzlichste und hoffen, daß sie als Keimzellen im Bundesheer dieses wieder mit einem nationalen Geist ausfüllen, der zur deutschen Wiedergeburt nötig ist.

Es gibt keine Mainlinie

Auch österreichische Gemeinden küren den Führer zum Ehrenbürger.

NSK Klagenfurt, 4. Juni. Die Bauerngemeinde Legerbuch im Lavanttal in Kärnten hat am 28. Mai 1932 als erste österreichische Gemeinde unseren Führer Adolf Hitler in Anerkennung

Kabinetts Popen-Schleicher verloren hat: Die Verbindung mit der Arbeiterpartei, der deutschen Zentrums-Partei, sowie der Bayerischen Volkspartei und dem deutschen Süden.“

Nachdem der „ausländische Korrespondent“ solchermassen „seine“ Meinung, tatsächlich die Ansichten des Zentrums bekundet hat, vertritt sich die Zentrumszeitung hinter die Maske des „nationalen Mannes“, der irgendwo einen „Uesbedauerlichen Witz“ gehört haben will und hebt also an zu heucheln:

„Es ist vom wahrhaft nationalen Standpunkt aus tief bedauerlich, daß über die Zusammensetzung dieses Ostpreußenkabinetts schon der jaule Witz gemacht werden konnte, ein Ministerium sei noch unbefehlt,

seiner Verdienste und die geistige und seelische Wiederaufrichtung des deutschen Volkes einstimmig zum Ehrenbürger ernannt.

Französische „Kultur“

Ein Farbiger französischer Minister. Die Kulturnation der Franzosen zeichnet sich nun schon zum zweiten Male durch Er-

Berlin, 4. Juni. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei hat Otto Hörsing am Freitag aus der Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß erfolgte, weil der frühere Bundesführer des Reichsbanners die Absicht hatte, eine neue Partei unter dem Namen „Sozialrepublikanische Partei“ zu gründen.

Es ist also wieder einmal eine der prächtigsten SPD-Säulen geborsten. Die Entwicklung dieser Partei des organisierten Arbeiterverrats wird bald nur noch für Kartikaturenzeichner von Interesse sein.

Sühne für Innsbruck Innsbruck, 3. Juni. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde am Mittwochabend

bezw. müsse noch geschaffen werden; ein Kolonialministerium für die deutschen Stammländer und den Süden!“

Was hier von einer Zentrumszeitung getrieben wird, das ist nichts anderes als der Versuch, das deutsche Reich, den allen Deutschen heiligen Begriff des Reiches durch Aufrichtung einer geographischen und einer sozialen Mainlinie zunächst intellektuell zu zerstören!

Was hier der „Badische Beobachter“ in jesuitenhafter Manier durch unkontrollierbare, unbekannte Dritte sagen läßt, ist nichts anderes als das, was heute die demokratische Presse etwas grobschlächtiger und undiplomatischer predigt: Die Aufrichtung der innenpolitischen Mainlinie.

In einem haben sich die Herren vom

nenennung eines Angehörigen der farbigen Rasse zum Minister aus. Und dieses Volk will in Europa die führende Nation sein, will alle anderen Völker mit seiner „Kultur“ beglücken und hat nicht einmal den Stolz, sich selbst zu regieren, sondern braucht dazu einen Niggerminister. Grund genug für Deutschland, sich noch mehr als bisher von dem verderblichen Einfluß westlicher Unkultur zu sichern.

Hörsing fliegt

der Führer des republikanischen Schulbundes für Tirol, der sozialdemokratische Innsbrucker Gemeinderat Kaprain, verhaftet. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit der Versammlungsschlacht in Hörsing am Freitag voriger Woche.

Noch kein Reichstags-Wahltermin

Berlin, 4. Juni. In der heutigen Kabinettsitzung wurde nur die Regierungserklärung beschlossen. Der Termin für die Wahlen zum Reichstag wurde noch nicht festgelegt, weil sich der Reichsinnenminister erst mit den Ländern in Verbindung setzen will. In Betracht kommen wahrscheinlich nur der 24. oder der 31. Juli.

Zentrum jedoch getäuscht, falls sie die Luft verspüren sollten, derart bisher unverantwortlich geäußert Pläne in die Tat umsetzen zu wollen.

Wir leben nicht mehr in den Zeiten vor der Reichsgründung, sondern die Zukunft gehört dem wahrhaften deutschen Volksstaat nationalsozialistischer Prägung.

Der Nationalsozialismus aber ging rein geographisch gesehen, vom Süden aus. Sein Gründer und Führer ist Deutscher aus Oesterreich, und heute ist der Nationalsozialismus in allen deutschen Gauen in- und außerhalb der deutschen Reichsgrenzen stark genug, um jede Zerstörung des Reichsgedankens und des Reichsgefüges schon in Anfängen, die sich etwa zeigen sollten, durch die Mobilmachung des deutschen Volkes aller Stämme und Stände abzuwürgen. Daß möge sich das Zentrum gefallt sein lassen.

1870-71 beugte sich der größte Teil des deutschen Volkes vor dem „Norddeutschen Bismarck.“

1932 folgt schon die Hälfte oder fast die Hälfte des deutschen Volkes dem „Süddeutschen“ Hitler, und es wird sich in den kommenden Jahren, alle staatlichen und sozialen Grenzen niederreisend, in seiner überwiegenden Mehrheit zu ihm bekennen.

Wer gegen die Erfüllung der Sehnsucht des deutschen Volkes, „geeinetes Volk im geeinigten Reich“ Ministerarbeit zu leisten wagen sollte, für den wird ein kommender deutscher Staatsgerichtshof den Strauß bereithalten!

Leuschner auf dem Rückzug

Der marxistische heftige Innenminister, der „geschäftsführend“ noch immer amtiert, hat sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen gesehen, während des Wahlkampfes allen Parteien Kundgebungen unter freiem Himmel und geschlossenem An- und Abmarsch zu gestatten. Das Verbot der Propaganda mit Hakenkreuzfabnen wurde ebenfalls aufgehoben.

Es war höchste Zeit, daß Herr Leuschner endlich klein beigegeben hat. Wer in den letzten Monaten einmal durch Rheinbessen gefahren ist, und dort die regierungsamtliche Tätigkeit gewisser Staatsorgane bewundern konnte, der bekam innerlich die Gewißheit, daß auch in Hessen das System am Ende ist.

Alle Bauern- und Arbeiterdörfer sind nationalsozialistisch. Haus um Haus trägt große Hakenkreuze, und es hat nichts genügt, daß die heftige Regierung die Polizei beauftragte, die Hakenkreuze mit Deckfarbe zu überpinseln, denn tags darauf schon prangten regelmäßig die nationalsozialistischen Symbole und Sätze an der alten Stelle. — Bald wird Leuschner ganz verschwinden!

Arbeiter! Gewerkschaftler!
gebt Euern Bonzen, die Euch jahrelang betrogen, die gebührende Antwort:
Werdet Nationalsozialisten!

Erklärung der Reichsregierung

Berlin, 4. Juni. Die Regierungserklärung des Kabinetts von Popen hat folgenden Wortlaut:

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsertreuenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialverleugungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie

haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Der hierauf zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen, gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus der wie ein freßendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichtend droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parität willen gewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maß-

nahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiet ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus dem im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiel. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterland endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Genesung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustauschs, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen.

Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat der Herr Reichspräsident sich entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.

Breslau, fällen von der SPD an kleinen Ortschaften...
Dorf...
von einem...
Dorf...
zum Freitag...
schafft in der...
politische...
anwesenden...
einem Komm...
Straße fort...
munist Früh...
harde, der...
ferbund ange...
sinnen aus...
Schiffe ab...
Fröße wur...
Der Taler...
Deut...
Unp...
Weinheim...
den städtischen...
lung von Zu...
dung von Ju...
Vogelschutz...
des Leseholz...
Waldungen...
ds. 35. aufgeb...
Die badisch...
ten am gestri...
unserer Zwei...
in der Haupt...
Empfang der...
Am Sonntag...
eine gemeinf...
halle statt. 3...
große öffentl...
Vorträgen sta...
sahes und 4...
heim, Erfabr...
Referat wurde...
ser, Weinheim...
und Gemüsea...
Weinheim, er...
sand eine gem...
Weinheim...
31. Mai ist ge...
He...
Weinheim...
Dienstag...
im Saale des...
(Heckmann) d...
städtischen Wi...
zwar: Von...
der Sauweide...
6 Lose. — Vo...
Von der Falle...
bruchlos zwis...
vom 2. Gewan...
2 Lose. — Ve...
Weglos. — W...
Altan. — Vo...
Farrenwiesen...
— Vom Ucker...
ein Pos...
Auswärtige...
fonen, die Rüd...
ben, werden...
lassen...
Weinheim,

Rotmord bei der Arbeit

Schwere politische Zusammenstöße in Breslau

Breslau, 3. Juni. Zu schweren Ueberfällen von Kommunisten und Mitgliedern der SPD auf Nationalsozialisten, die sich in kleinen Gruppen auf dem Heimweg vom Gauhaus aus befanden, kam es auf dem Neumarkt in den frühen Morgenstunden des Freitag. Hier hatten sich Anhänger der linksgerichteten Parteien in großer Zahl versammelt und zwar sollen nach den bisher eingelaufenen Meldungen die SPD-Leute unter Führung ihres Breslauer Leiters Dr. Eshstein gestanden haben. Sie hielten eine Gruppe von etwa fünf Nationalsozialisten auf dem Neumarkt an, worauf es zu Auseinandersetzungen kam, in deren Verlauf die Nationalsozialisten schließlich mit Stöcken, Schlagringen und Messern bearbeitet wurden. Hierbei wurde ein Nationalsozialist so schwer verletzt daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Vorbeikommende Nationalsozialisten holten jetzt aus dem Gauhaus Verstärkungen heran, worauf die Gegner die Flucht ergriffen.

Bereits am Donnerstag nachmittag hatten sich in der Schweidnitzer Straße Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten ereignet, wobei auch

aus Gaspistolen geschossen wurde, durch die ein Nationalsozialist Brandwunden erlitt. Schließlich gab es noch gegen sieben Uhr abends vor dem Reichsbannerbüro auf der Ohlauer Straße Zusammenstöße, bei denen mehrere Schüsse abgegeben wurden, u. a.

Ein Unterhändler Lindberghs verhaftet

Newyork, 3. Juni. Der amerikanischen Polizei gelang es, bei einer Razzia den Gengster Salvatore Spitalo, der bekanntlich mit Lindbergh Verhandlungen mit der Unterwelt wegen Herausgabe des geraubten Kindes geführt hatte, zusammen mit fünf weiteren Personen zu verhaften.

Schredensstat einer Mutter

Mutter stürzt sich mit ihren beiden Kindern aus dem 4. Stock.

Hamburg, 4. Juni. Am Freitag nachmittag sprang die 37 jährige Ehefrau Karoline Aspiron zusammen mit ihren 9 und 6 Jahre alten Knaben aus ihrer im 4. Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße. Die Frau und der älteste Knabe waren sofort tot. An dem Aufkommen des sechs-jährigen Knaben muß gezweifelt werden. Nach einem Brief erfolgte die Verzeihungsstat wegen unglücklicher Familienverhältnisse.

Englischer Rennfahrer totgestürzt

London, 3. Juni. Auf dem englischen 1000-Meilen-Rennen in Brooklands verunglückte am Freitag der englische Rennfahrer Leeson tödlich. Leeson, der im Privatleben Wehrgemeister war und erst vor kurzem das Rennfahren aufgenommen hatte, fuhr in seinem Mittel-Wagen mit großer Geschwindigkeit in eine der gefährlichsten Kurven der Rennbahn. Plötzlich kam der Wagen anscheinend infolge Verlassens der Bremsen oder durch zu scharfes Bremsen ins

auch von einem Polizeibeamten, der sich von der Menge bedroht gefühlt hatte. Insgesamt sind nach den bisherigen Meldungen bei den Zusammenstößen am Nachmittage und in der Nacht 17 Nationalsozialisten und ein Stahlhelmangehöriger verletzt worden, darunter sechs Personen schwer. Es gelang der Polizei, den vermutlichen Haupttäter, der einem Nationalsozialisten zwei Messerstücke in die Brust beigebracht hatte, in den Morgenstunden festzunehmen.

Schleudern, raste über die Böschung hinaus und stürzte sieben Meter auf die Straße hinunter. Leeson wurde noch lebend unter dem Wagen hervorgezogen, starb aber nach wenigen Sekunden.

Kurze Zeit darauf wurde der Weltrekordfahrer Campbell beinahe von demselben Schicksal ereilt. Plötzlich plakte ein Reifen, eines Hinterrades seines mächtigen Sunbeam bei einer Geschwindigkeit von 160 Stundenkilometer. Es gelang jedoch Campbell, die Herrschaft über seinen Wagen zu behalten.

Zwei Frauen vom Blik erschlagen

Gudensberg (Hessen-Nassau), 4. Juni. Bei einem schweren Unwetter schlug der Blik am Freitag nachmittag in Kirchberg in einen Baum, unter dem mehrere Frauen, die bei Feldarbeiten von dem Gewitter überrascht wurden, Schutz gesucht hatten. Vier Frauen wurden zu Boden geschleudert. Zwei waren sofort tot, während zwei andere erhebliche Verletzungen erlitten.

Fünf Kinder ertrunken

Warschau, 2. Juni. Wie aus Grodno gemeldet wird, ereignete sich auf dem Njemen in der Nähe von Szozerbowice ein Bootsunfall. Ein Kahn, in dem sich vier Mädchen und ein Knabe befanden, kenterte. Die Kinder fielen ins Wasser und ertranken.

Auto-Untergang

Schwerer Automobil-Unfall. — 4 Schwere und 2 Leichtverletzte.

Krefeld, 3. Juni. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Freitag spät nachmittags in der Nähe von Schiefbahn. Auf der Straße am Nordkanal kam ein holländisches Privatautomobil, das Hochzeitsgäste aus Düsseldorf abgeholt hatte, ins Schleudern und wurde gegen einen Baum geschleudert. Von den sechs Insassen wurden vier verletzt, zwei kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Obsternte durch Hagelschlag vernichtet

Ustar, 4. Juni. Von einem schweren Hagelschlag wurden am Freitag nachmittag der Südbang des Solling heimgejagt. Hagel von Taubeneigröße vernichtete in Ustar und in der näheren Umgebung in kurzer Zeit die ganze Obsternte. Fensterscheiben wurden zerschlagen, und Telegraphen- und Telefonleitungen zerrissen. Große Regenmengen ergossen sich in die Keller der niedriger gelegenen Häuser, die von der Feuerwehr ausgepumpt werden mußten.

Ein trauriger Rekord.

Oggersheim, 2. Juni. Die Stadtgemeinde Oggersheim kann einen für sie allerdings wenig erfreulichen Rekord in Anspruch nehmen. Nach dem derzeitigen Stand der Erwerbslosen-, Krise- und Fürsorgeunterstützten steht Oggersheim mit 75 Fürsorgeunterstützten auf 1000 Einwohner an der Spitze aller Gemeinden in Wapern. Für das Rechnungsjahr 1932-33 ist mit einem Fürsorgeaufwand von 687 000 RM. zu rechnen.

Selbstmordversuch im Arrestlokal.

Neustadt a. Hdt., 3. Juni. Ein hiesiger Arbeiter, der in der Umgebung von Neustadt verschleierte Betrügeleien verübt hatte, wurde am Donnerstag vormittag festgenommen und in das Polizeiarrestlokal verbracht. Dort versuchte er kurz nach der Einlieferung Selbstmord dadurch zu begehen, daß er sich am Fenster aufhängte. Von der Polizei angestellte Wiederbelebungsversuche waren jedoch von Erfolg.

Geschäftlicher Sorgen wegen in den Tod.

Speyer, 3. Juni. Die gestern Abend hier im Rhein geländete Leiche wurde heute als die der seit 20. Mai abgängigen 54 Jahre alten Frau Luise Weingand aus Karlsruhe festgestellt. Sie war Inhaberin eines im Vergleichsverfahren stehenden Modewa-

Riesenüberschwemmungen in Alabama

Newyork, 3. Juni. In der Stadt Oklahoma ist der North Canada River infolge tagelanger Regengüsse über die Ufer getreten und hat ein Riesengebiet verwüstet. Bisher wurden fünf Tote gemeldet. Ueber 1000 Familien sind obdachlos geworden.

Schwere Sturmfluten in der Dobruddja

Budapest, 3. Juni. Nach einer Meldung der „Donau-Post“ aus Bukarest wüthete gestern in der Dobruddja ein schwerer Sturm, der besonders in der Umgebung von Ismail großen Schaden anrichtete. Ein Haus mit 20 Insassen stürzte ein. Acht Personen wurden getödtet, die übrigen mehr oder weniger schwer verletzt.

Hausner zum Ozeanflug gestartet

Newyork, 4. Juni. Der Flieger Hausner dessen Ozeanflugstart zweimal mißglückte, ist nunmehr am letzten Freitag 14.16 Uhr Berliner Zeit mit dem Ziel Warschau vom Flugplatz Lloyd Bennet aufgestiegen. In London ist eine Zwischenlandung geplant.

Der Waffentag der deutschen Kavallerie

Bekanntlich findet vom 18.—20. Juni ds. Js. in Hannover der Waffentag der Deutschen Kavallerie in Verbindung mit dem Hannoverschen Provinzial-Reit- und Fahrturnier statt. Die Festfolge weist als Hauptpunkte außer dem Turnier, das vom 18.—20. Juni stattfindet, und an dem auch die erst kürzlich in Rom siegreichen Reiter und Pferde teilnehmen werden, eine große vaterländische Kundgebung am Sonntag, den 18. Juni auf. Dabei findet ein großes Militärkonzert mit Zapfenstreich und Feuerwerk statt. Hieran schließt sich ein großer Reiterkommers. Am Sonntag, den 19. Juni, sind vormittags eine Gefallenenehrung und ein Feldgottesdienst vorgesehen, bei dem der Wehrkreispfarrer und ein katholischer Pfarrer die Predigt halten werden. Ein Festzug durch die Stadt, in dem u. a. die alten 110 Kavallerie-Regimenter in ihren farbenfreudigen Uniformen gezeigt werden, schließt sich an und wird am neuen Rathaus von dem General-Feldmarschall von Madawen und den Spitzen der Behörden abgenommen werden. Bei allen Veranstaltungen ist die Teilnahme der alten Feldzeichen vorgesehen, unter denen die ehemaligen Kavalleristen einst gestanden haben. Konzerte im Stadthallengarten und in der Ausstellungshalle, sowie Beschäftigungen der Stadt, des Kavalleriemuseums, der Kavallerieschule, des vaterländischen Museums, der Buch-Ausstellung u. a. sollen den von auswärtig Kommenden einen kleinen Ausschluß dessen vermitteln, was die Stadt Hannover dem Fremden zu bieten vermag. Der Waffentag ist nicht als ein Fest gedacht, sondern soll eine machtvolle Kundgebung deutschen Lebenswillens darstellen, der im alten deutschen Reitergeist seine Krönung gefunden hat, und damit ein Tag innerer vaterländischer Erhebung sein. D. 3.

renhauses in Karlsruhe. Ein Gläubiger aus Frankfurt hatte dem angestrebten Vergleich Schwierigkeiten bereitet und versucht, im Geschäft der Frau Weingand Waren sicherzustellen, um sich daran schadlos zu halten. Frau Weingand nahm sich dies so zu Herzen, daß sie am nächsten Morgen den Tod im Rhein suchte und fand.

Reise Kirschen und Erdbeeren.

Freinsheim, 3. Juni. Die Blütenfeste sind noch in guter Erinnerung und schon gibt es in einigen Tagen reife Kirschen und Erdbeeren. Bei Fortdauer der günstigen Witterung hofft man, in etwa 10 Tagen mit der Schloßkirchenernte beginnen zu können.

Landau, 3. Juni. (Kind verbrüht). In Godramstein fiel das etwa 3 jährige Kind der Witwe Flickinger in einen Kibel voll heißen Wassers und verbrühte sich derart, daß es heute Nacht den Brandwunden erliegen ist.

Die Wettervorhersage

Montag: Wolkig bis aufheiternd, leichte Niederschläge.

Dienstag: Aufheiterung, warm, doch immer noch nicht beständig.

Wacht für unsere Jailings!

Nationalsozialist von einem Kommunisten erschossen

Dortmund, 3. Juni. In der Nacht zum Freitag entstand in einer Gastwirtschaft in dem benachbarten Lünen eine politische Auseinandersetzung zwischen anwesenden Nationalsozialisten und einem Kommunisten, die sich auf der Straße fortsetzte. Dabei gab der Kommunist Fröh Seibel aus Dortmund-Huckarde, der früher dem Rot-Front-Kämpferbund angehörte, auf die anders Gesinnten aus einer Selbstabepistole einige Schüsse ab. Der Nationalsozialist Emil Fröse wurde durch Kopfschuß getödtet. Der Täter wurde verhaftet.

Deutschland erwache!

Unpolitische Heimat-Warte

Aus Weinheim.

Weinheim. (Das Leseholz sammeln in den städtischen Waldungen). Zur Verhütung von Kulturschäden und zur Vermeidung von Zuwiderhandlungen gegen das Vogelschutzgesetz wird die Vergünstigung des Leseholz sammelns in den städtischen Waldungen für die Zeit bis 31. August ds. Js. aufgehoben. Der Oberbürgermeister

Die badischen Bezirksobstbauvereine tagten am gestrigen Sonntag und Samstag in unserer Zweiburgstadt. Der Samstag war in der Hauptsache der Begrüßung und dem Empfang der auswärtigen Gäste gewidmet. Am Sonntag vormittag fand in der Fröhe eine gemeinsame Beschäftigung der Obstgroßhändler statt. Im Mühlheimerthal fand eine große öffentliche Versammlung mit zwei Vorträgen statt über Regelung des Obstabsatzes und 4 Jahre Obstgroßmarkt Weinheim, Erfahrungen, Lehren. Das letztere Referat wurde von Bürgermeister Dr. Meiser, Weinheim, dem Vorsitzenden der Obst- und Gemüseabgabegenossenschaft Vergstraße, Weinheim, erstattet. Am Sonntag mittag fand eine gemeinsame Wanderung durch die

Weinheim. Die Heugrasversteigerung vom 31. Mai ist genehmigt. Der Bürgermeister. Heugrasversteigerung.

Weinheim. Die Stadt läßt am Dienstag, den 7. ds. Mts. 5 Uhr

im Saale des Gasthauses „Zur Eintracht“ (Hedmann) das Heugrasertragnis von den städtischen Wiesen öffentlich versteigern und zwar: Von der Saulach 14 Lose. — Von der Sauweide 5 Lose. — Vom Hundeloch 6 Lose. — Von den Schafwiesen 14 Lose. — Von der Falterwiese 1 Los. — Vom Dammbruchloch zwischen den Dämmen 1 Los. — Vom 2. Gewann Altau bei der Römerbrücke 2 Lose. — Vom 7. Gewann Neuwiese 1 Weglos. — Wiese Nr. 2 im 5. Gewann Altau. — Vom Trieb 10 Lose. — Von den Farrenwiesen auf den Breitwiesen 11 Lose. — Vom Acker am Biernheimer Pflaster ein Los.

Auswärtige Steigerer, sowie solche Personen, die Rückstände bei der Stadtkasse haben, werden zur Versteigerung nicht zugelassen.

Weinheim, den 3. Juni 1932
Der Bürgermeister.

Obstanlagen und den Weinheimer Ergotenwald statt. Ein auf abends 8 Uhr einberufenes Beisammensein beschloß die Tagung.

Friedhoffshänder an der Arbeit.

Es ist in der letzten Zeit des öfteren vorgekommen, daß Blumen und Zierpflanzen von den Gräbern hinweggestohlen wurden. Eine verschärfte Ueberwachung ist angeordnet worden. Hoffentlich gelingt es, diese gemeinen Strolche zu fassen, um sie einer gerechten Strafe zuführen zu können. Nach unserer Meinung müßten in diesem Falle die Täter alsdann in erster Linie, mit einem Farrenschwanz entsprechend beehrt werden.

Werbeabend der NS-Frauenchaft Weinheim. Der für einen früheren Termin bereits in Aussicht genommene Werbeabend der NS-Frauenchaft für das Landerholungsheim Waldwimmersbach findet nunmehr bestimmt am kommenden Sonntag abend 8.30 Uhr im Saale des „Schwarzen Adler“ in Weinheim statt. Die Leiterin der Mannheimer Mädchengruppe Fr. Rahm wird an diesem Abend einen Vortrag halten. Außerdem hat Pp. Pfarrer Streng sein Erscheinen für diesen Abend bestimmt in Aussicht gestellt. Die bereits verkauften Karten behalten ihre Gültigkeit. Wir verweisen noch auf die unseren Mitgliefern zugewandenen Rundschreiben und auf die im Laufe der Woche erscheinenden partiamtlichen Mitteilungen in unserer Zeitung.

Schwere Unglücksfälle.

Wiesloch, 3. Juni. Zwei schwere Unglücksfälle ereigneten sich im Laufe des Donnerstag. Das Söhnchen des Friseurs Kraft stürzte von der Scheuertenne herab und erlitt bedenkliche Verletzungen. Im zweiten Falle stürzte die jugendliche Anna Jirkel vom Fahrrad und zog sich dabei schwere Kopfverletzungen mit inneren Blutungen zu, die die sofortige Ueberführung ins Heidelberger Krankenhaus notwendig machten.

Traubenblüte in der Pfalz.

Weidesheim, 2. Juni. An einem Hausrebenstock in Weidesheim konnten Anfang dieser Woche bereits die ersten Wälden festgestellt werden. In der Gemeinde Weidesheim stehen ebenfalls eine Anzahl Oberlirtraubenstöcke in voller Blüte.

eres

der farbigen dieses Volk Nation sein, seiner „Aul einmal den ändern braucht Grund genug als bisher auf wefflicher

chen Schußdemokratische ein, verhaftet. nmenhang mit Hötting am

abtermin

heutigen Ka-Regierungstermin für die die noch nicht stinnenminister indung sehe-1 wahrrscheinlich

sie die Luft er unverant- die Tat um-

en Zeiten vor die Zukunft tischen Volks- gung.

er ging rein den aus. Sein deutscher aus Nationalsozia- nen in- und grenzen stark Reichsgedan- hon in An- follen, durch chen Volkes würgen. Das sein lassen. Hte Teil des Norddeutschen“

oder fast die em „Süddeut- lich in den lichen und so- d, in seiner m bekennen. der Sehnsucht afes Volk nierarbeit zu ird ein kom- chtshof den

Rückzug

Innenminister, mer amtiert, er öffentlichen während des Kundgebun- geschlossenem n. Das Ver- enkreuzfabnen

Herr Leuschner Wer in den Rheinbesen erungsamtliche ne bewundern die Gewißheit, a am Ende ist. erdbörfer sind a Haus trägt hat nichts gung die Polizei mit Deckfarbe darauf schon Nationalsozialisti- n der alten ner ganz ver-

Schaftler!

n, die rogen, wort:

zialisten!

Künstliche Aufregung

Der „Pfälzer Bote“ vom 28. Mai gerät unter der Ueberschrift „Razi-Hege gegen katholische Priester“ völlig aus dem Häuschen, weil gegen einen Pater und einen Geistlichen Strafanzeige erstattet wurde darüber, daß Beichtende in Zell a. Harmersbach von ihnen aus dem Beichtstuhl weggeschickt worden sind, weil sie sich als Angehörige der NSDAP auf Anfrage bekannt haben. Dieser Artikel soll nun die Volksseele zum Kochen bringen über diesen „Faustschlag ins Gesicht des katholischen Volkes“ durch die versch. Razi, die katholische Priester sogar an der Verwaltung der hl. Sakramente hinderten.

Nicht wahr, Pfälzer Kröte, das ist einmal wieder gut ein gesundes Fressen gegen die verkehrten Razi. Aber rege Dich nicht zu sehr auf, es schadet Deiner Gesundheit. Vernünftige Menschen hegen nämlich gewisse Zweifel über die Ehrlichkeit Deiner Entrüstung. Aber wir wollen Dich doch aus Deiner Angst befreien und trösten.

Jetzt und in Zukunft wird kein katholischer Priester an der Ausübung seiner kirchlichen Funktionen gehindert werden, wenn er diese sakramental ausübt. Wir verstehen darunter ehrwürdig, heilmäßig, barmherzig im Sinne der Liebe Christi. Es soll aber sogar manchem Katholiken ganz erwünscht sein, wenn Pfarrer, die ein Sakrament mit fanatischer Parteidiktatur verwechseln, einen Dämpfer bekämen, der sie an ihr „Outeshirtentum“ erinnern könnte.

Es gibt meines Wissens noch kein Dogma, daß ein Priester im Beichtstuhl unsehbar wäre. Und es scheint die und da dabei nicht ganz recht zuzugehen. Mir hat dieser Tage ein reisender Mann unaufgefordert gesagt, er habe dieses Jahr nach 12 Jahren wieder einmal gebeichtet und zwar in der Abtei Neuburg, weil ihn sein Kind, das zur ersten hl. Kommunion ging, sehr darum gebeten habe. Der Mann muß sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben, liebe, fromme Zentrumsleute, denn er fügte ebenso unaufgefordert hinzu, ihn brächte zeitlebens keine 25 Säule mehr in den Beichtstuhl hinein.

Merkwürdig, nicht wahr, liebes, schwarzes Vöschchen, wo doch die Beicht im Sinne Christi eine Erhebung, Stärkung, eine barmherzige Liebestat sein sollte, so wie wir es wenigstens verstehen.

Wie wäre es, wenn Du, schwarzes Papiertchen, einmal ganz auf dem Instanzenweg eine untertänige Bitte an die hochw. Bischöfe richten würdest — Du hast doch die besten Beziehungen — sie möchten ihren Geistlichen empfehlen, in diesen Zeiten, wo man sowieso schon geplagt genug ist, kirchliche Funktionen, Predigt usw. im Sinne barmherziger Liebe und nicht vom Standpunkt eines Partisanenstückes auszuüben, sodas man im Gotteshaufe sich nicht zu ärgern braucht. Die Seelsorge würde darunter gewiß nicht leiden. So aber willkürlich man oft in Religion und meint Politik. Die

Grenzgebiete verwischen sich so gar oft.

Nicht gar weit soll es vorgekommen sein, daß der Geistliche den kath. Mütterverein zu einer Predigt in die Pfarrkirche einberufen hatte. Zufällig war es zur Zeit der Reichspräsidentenwahl. Wenn katholische Mütter in die Kirche gerufen werden, so kommen sie recht zahlreich. Das ist gut so. Auch Mütter haben in diesen traurigen Zeiten Trost und Stärkung notwendig. Als sie nun zahlreich in der Kirche versammelt waren, ließ man ihnen plötzlich sagen, die Predigt in der Kirche müsse ausfallen, aber die Frauen möchten doch im Gemeindefaal die Rundfunkrede Brünings dafür anhören! —!

Merkwürdig, nicht wahr, schwarze Base? Auch Deine kürzliche vielgerühmte Männer-

Wallfahrt nach Speyer fing mit einer „Andacht“ im Dom an und endete nach Deinem eigenen Bericht in einem weltlichen Saale in der Schimpferei auf die bösen Razi. Man ruft mit dem Wort „Wallfahrt“ den Katholiken und bringt so die Massen auf die Beine, das Ende ist — Politik. Uebrigens eine bescheidene Frage: „Ist die Massenbeteiligung damals aus den vielen Freikarten zu erklären? Werden solche Freikarten vom heute doch so „armen“ Kirchenfond bezahlt?“

Lieber Pfälzer, hoffentlich macht Dich Deine Aufregung nicht gar todkrank. Sollte es aber doch schlimm werden, so empfehle ich Dir und Deinen Mitschwestern zur dauernden Anwendung eine schon in der Bibel empfohlene Arznei, die leider bei Euch so selten gebraucht und angewendet wird, nämlich samaritantisches Öl und Samariterwein. Das hilft zur — guten Besserung! Anti-Heuchele.

Wie das Handwerk geschützt wird Wozu Gewerkschaft und Organisation?

Man kann sich noch gut erinnern, wie unsere prominenten Staatsleute besonders vor Wahlen die erfreuliche Feststellung zu machen glaubten, daß es in Deutschland immer besser ginge. Von der Ankerbelang der Wirtschaft wurde immer in rhetorisch mustergeräucherter Weise geredet und geredet, bis man schließlich daran glaubte. Auch dem Handwerk hat man auf diese kluge Art seinen Schutz angeeignet lassen, da es daniederliegt und sein goldener Boden schon lange hat zwangsversteigert werden müssen. So ist dieser Schutz etwas merkwürdig ausgefallen, wie man allorts zu sehen bekommt. Es weiß doch jeder vernünftige Mensch, daß niemand mehr Geld hat, um Aufträge geben zu können und daß deshalb gerade der Handwerker sich in einer großen Not befindet. Da ist es nun die Aufgabe der Berufsgenossenschaft, den Kollegen helfend unter die Arme zu greifen, denn zu diesem Zweck ist solch eine Organisation da.

Ein Freiburger Schmiedemeister, der seit Monaten keinen Verdienst mehr hat, weil sein Betrieb stillsteht und völlig lahmgelegt ist, teilte dies seiner Berufsgenossenschaft mit und bat um Auskunft, welche Formalitäten er beim Austritt zu erfüllen habe, denn er sehe sich bereits nach einer anderen Arbeit um. Als Antwort auf diesen Brief erhielt er den neckischen Bescheid, er habe 57.10 RM. zu bezahlen.

Man muß verstehen, was es in heutiger Zeit heißt, eine solch große Summe bezahlen zu müssen. Dazu weiß der Schmiedemeister gar nicht, für was er diesen Betrag bezahlen soll. Heutzutage ist ein Handwerker, dessen Familienangehörige sämtliche arbeitslos sind, der oft kein Geld im Haus hat, auch nur trockenes Brot zu kaufen, einfach nicht in der Lage, irgendeinen größeren Geldbetrag flüssig zu machen. Nun schwebt gleich dem

Damoklesschwert die Drohung der Zwangseintreibung, der strengsten Anwendung gesetzlicher Mittel über dem Meister. Auf eine zweite Bitte um Stundung, in der er seine trostlose Lage noch einmal darlegte, wurde ihm die genaue Aufstellung der Rechnung mitgeteilt.

Also sind die Zustände in Deutschland schon so weit, daß ein Gewerbetreibender, der die Mittel nicht hat, nur das notwendigste Essen zu bestreiten, so in die Enge getrieben wird, daß er Tisch und Bett versteigern mußte, um den Forderungen nachzukommen. Man muß sich fragen, wozu zahlt man z. B. sein Leben lang in eine Versicherung und erhält im Notfall — eine Aufforderung zur Zahlung? Oder erscheint der Betrag von 57.10 RM. so gering, daß er auch von dem Ärmsten bezahlt werden kann?

Wie wäre es, wenn die Handwerkskammer als Interessensvertretung ihrer ausgeräuberten Mitglieder sich da etwas ins Zeug legen würde?

Die „Volksstimme“ redet sich heiser

Unter der Ueberschrift „Dreister Schwindel des Hakenkreuzbanners“ berichtete gestern die Volksstimme über die Afta-Wahlen und glaubte an unserem Bericht Kritik üben zu müssen. Wir hätten geschwindelt, weil wir behauptet haben, daß wir nur 4 Sitze im alten Afta gehabt hätten.

Zum Beweis dafür, daß unsere Angabe von 4 Sitzen entsprechend den neuen Afta-Wahlgesetzen, nach denen diesmal gewählt wurde, ihre Richtigkeit hat, lassen wir am besten den Vorsitzenden des Wahlausschusses Dipl. Kaufmann Heinz Kleinau sprechen.

Derselbe hat zur Kommentierung der Afta-Wahlen an die Presse einen Schriftsatz herausgegeben, aus welchem wir folgenden Schlusssatz entnehmen:

Hätte im Vorjahre bereits die Verteilung der Aftasitze nach der neuen diesjährigen Verordnung stattgefunden, so hätten im Jahre 1931 die einzelnen Listen folgende Sitze erhalten:

Nationalsozialisten	4 Sitze
Arbeitsgemeinschaft kath. Stud.	3 Sitze
Hochschulblock	2 Sitze
Republikaner	2 Sitze
Nat. Einheitsliste (Volksp.)	1 Sitz

Auch hierbei sind die eingegangenen Listenverbindungen berücksichtigt worden.

Es steht demnach fest, daß, wenn man die Formel der neuen Wahl auf die alte anwendet, die Republikaner keinen Sitz, die Nationalsozialisten aber 1 Sitz gewonnen haben.

Rundfunk-Programm

für Montag, den 6. Juni.

Königsbrunnhausen: 16 Pädagogischer Funk. 16.30 Konzert. 17.30 Ev. Theologie der Gegenwart. 18. Nationalismus in der Dichtung. 18.30 Spanisch. 19. Aktuelles. 19.35 Hochschulfunk. 20. Das Lufthaus. 21.10 Wien in Nürnberg. 22.50 Tanz.

Mühlacker: 16 Umgehen. 16.30 Briefmarken. 17. Konzert. 18.25 Natur im Juni. 18.50 Englisch. 19.30 Konzert. 20.30 Goldbrausch über Alaska. 21.30 Streichquartett. 22.55 Schach. 23.15 Nachtmusik.

München: 16.05 Konzert. 16.40 Pfälzer Stunde. 17. Konzert. 18.25 Arbeitsbild der Industrie. 18.45 Ausgebildet. 19.05 Stunde der Arbeit. 19.25 Konzert. 20.15 . . . und Mohammed ist sein Prophet. 21.10 Wien in Nürnberg. 22.45 Nachtmusik.

Ihr Mannheimer
Maimarkt-Los
kann morgen schon ein Treffer sein
Kaufen Sie rasch noch ein Los.
Es ist wirklich höchste Zeit!
Ziehung garantiert morgen!

Bekanntmachung!
Ich verkaufe mein gesamtes Warenlager von
Tapeten, Teppichen, Stoffen
in einem **Räumungsverkauf** zu jedem
annehmbaren Preis.
Werner Twele. E 2. 1



Copyright 1930 by Gerhard Stalling A.-G., Oldenburg i. O.

120. Fortsetzung.

Ihr könnt wählen zwischen Krieg und Frieden! Eure Regierung muß sich innerhalb von 24 Stunden entscheiden! Seid klug! Wir wünschen den Frieden und wollen in Freundschaft mit Euch leben! Auf Wiedersehen!

Der Ministerpräsident sieht unsicher von einem zum andern. „Wenn das nicht ein Scherz ist, dann . . .“

Müde hebt Bielsky den Hörer ab. „Wie? Ja! General Wolensky ist da — einen Moment!“

Der Kriegsminister fragt: „Ja, was ist los?“ Er horcht einige Minuten, während ihn die andern stumm umstehen. Jetzt läßt er den Hörer fallen, stöhnt auf und sagt: „Wilna . . . Wilna ist durch Handreich genommen — zwei Regimenter Ukrainer sind übergelaufen . . . Verrat . . . aber daran nicht genug — starke Kräfte brechen aus Ostpreußen und Schlesien gegen Warschau vor.“

General Dschekow schreit: „Wir müssen unsere Kraft zusammenreißen, Herr Minister, noch ist Polen nicht verloren!“

Wolensky sagt ein wenig ironisch: „Ja, wohl, Herr General, Sie sind der Kommandant von Warschau, tun Sie Ihre Pflicht!“

Der Sejmarschall Posadowsky schmet-

terte das Protokoll auf den Tisch. „Wer von Uebergabe spricht, ist ein Verräter! Polen ist nicht geschlagen, das Ultimatum ist ein Bluff, Herr Präsident! Wir werden weiterkämpfen — die Armee ist nicht entmutigt — Frankreich ist an unserer Seite — nur Feiglinge . . .“

Ministerpräsident Bielsky springt auf. „Wie können Sie es wagen, mich zu beschimpfen, Herr Marschall! Ihr Benehmen ist ein Skandal . . .“

Posadowsky will sich auf Bielsky stützen, der Kriegsminister Wolensky reißt ihn zurück, der Staatspräsident hebt beschwörend die Arme. „Meine Herren, der Feind steht im Land, wir haben angesichts der schweren Schläge, die Polen trafen, zu prüfen und zu erwägen und einen Entschluß zu fassen.“

Knurrend setzt sich Posadowsky nieder, während der Staatspräsident sagt: „Herr General, halten Sie einen Vormarsch der Deutschen für möglich?“

Wolensky sagt schnell: „Man muß damit rechnen! Unsere Hauptkräfte sind im Osten gebunden — die Westfront ist geschwächt — allerdings muß der Deutsche unsere starken Befestigungen bezwingen, und ich glaube nicht, daß ihm dies gelingen wird.“

„Und Frankreich?“
„. . . Ist in Italien beschäftigt, an seiner Südfront — seine Offensive kommt nicht vorwärts, es soll sehr schwere Verluste haben — die Verbindung mit Afrika ist stark bedroht, teilweise sogar unterbunden — es kann uns gegenwärtig nicht helfen.“

Der Staatspräsident legt nervös einen Akt auf den andern. „Sie sind also für die Annahme des Ultimatum?“

Wolensky schüttelt den Kopf. „Durchaus nicht, absolut nicht, ihre referierte bloß, es ist eine . . .“

Posadowsky ruft dazwischen: „. . . Warum deshalb eine Debatte? Das Ultimatum ist abzulehnen, die Westmächte sind unter Standrecht zu setzen, die Deutschen zu internieren, Breslau zu vergasen — es muß energisch vorgegangen werden.“

„Sehr richtig, eine starke Führung ist notwendig!“ unterstreicht der Außenminister.

Kofaczinsky fragt erregt: „Aber wie sollen wir uns halten, meine Herren? Ganze Verbände meutern! Ukrainer, Litauer fallen ab! Zwei Armeen sind zerprengt, Lemberg, Krakau zerschlagen.“

Posadowsky wirft seinen Bleistift auf den Tisch und schreit: „Wie wir uns halten sollen? Ja, wenn das der Staatschef nicht weiß! Rufen Sie das Volk auf, halten Sie keine Konferenzen, debattieren Sie nicht herum, gehen Sie auf die Straße, und Sie werden sehen, wie sich Polen halten wird!“

Der Staatspräsident ist bleich geworden. „Sie wollen an das Volk appellieren, Posadowsky? Versprechen Sie sich davon etwas, wo weite Teile des Volkes seit der praktischen Ausschaltung des Sejm gegen die Regierung sind? Und was geschieht, wenn das Ultimatum doch kein Bluff ist? Wenn . . .“

Der Sejmarschall ist rot vor Wut. „Ich sage Ihnen doch, es ist ein Bluff und sonst nichts! Rumänien wird uns helfen, die Tschechoslowakei! Frankreich wird Italien schlagen und sich dann auf den verdammten Deutschen werfen! . . . Aushalten! Aushalten! Nicht die Waffen hinwerfen.“

Kofaczinsky wendet sich an den Außenminister. „Können Sie garantieren, daß Rumänien sich uns anschließt? Daß die Tschechoslowakei sich endlich entscheidet und Frankreich Hilfe sendet?“

Koslowky antwortet zögernd: „Rumänien ist unsicher — es fürchtet russische Angriffe! Die Tschechoslowakei ist in ähnlicher Lage — Deutschböhmen und die Slowaken sind, wie bekannt, unter Standrecht! Man befürchtet einen Handstreich der Ungarn auf Preßburg, sogar Oesterreich hat mobilisiert und bedroht Budweis und Brünn. . . Was Frankreich anbetrifft, so haben wir bereits den Kriegsminister gebittet.“

Posadowsky springt auf und sagt brüsk: „Sie jammern uns jetzt etwas vor . . . Sind Sie für die Annahme des Ultimatum oder nicht? . . . Es ist Ihre Politik, die sich jetzt bewähren soll!“

Koslowky sagt herausfordernd: „Natürlich bin ich für die Ablehnung, das ist keine Frage!“

„Na also!“ ruft Posadowsky, „endlich ein vernünftiges Wort! Das Volk zerreiht uns, wenn wir es verraten! Bedenken Sie was es heißt, sich den Deutschen zu ergeben oder den Russen! Diese Schmach könnte kein Pole überleben!“

Der Staatschef läßt abstimmen, und niemand wagt es, für die Annahme des Ultimatum einzutreten. Es wird die Einberufung aller Reserven, Aufgebot der letzten Jahrgänge und die Verhängung des Standrechtes über ganz Westpolen beschlossen. Der Kriegsminister bekommt den Befehl, den Krieg mit der Luftwaffe und mit Gas so schnell wie möglich über die deutsche Grenze zu tragen.

Fünf deutsche Divisionen brechen bei Soldau und Willenberg über die Grenze. Es ist der Weg, den im Sommer 1915 die siegreiche Armee Gallwitz nahm, und es sind Offiziere dabei, die damals die Russen vor sich hertrieben und Warschau für die Polen eroberten! (Fortsetzung folgt).

Wie

Am verga. Gauleiter We. schärfter For. bälischen Re. nate. Aus f. Auszug:

Gauleiter

Im Mitte. Sparmaßnah. geben uns. in persönl. Das Ga. zuzustimmen. der Minister. Nach an. sparen, wenn. vorordnung a. reform mögl. werden, am. Auch bei des. liche persönl. waltungsverei. Im folgen.

Polizei

besoffen. Grundst. daß die badi. NSDAP, vo. verräterischem. Wir Nationa. wir lehnen di. heutigen Sta. Wir sind. neuen Gei. Politik des. Wir wer. Wege tun. ner die an. aber auch be. nen, daß es. der letzten Ja. ten Massen z. führung anzu. Togen als du. Oldenburg. einfache Me. bin übergeze. fassungsänder. werden. We. sident nicht a. doch auch n. reicht werden. gale Organ. Ich komme. Polzei:

Der

Was sollte. ladungsharte. Vortrag über. war das „gr. Der strategis. stammt von. Getrn Komm. tologische Plan. Polizeistreitkr. durchgeführt. Vorgebens b. durch dieses. und dem just. chen ist. Herr Bar. einmal mit de. Schluß mache. Das Land. und lebnte d. ab. Daselbst. Ich empfehle. lesen, den der. Generalsstaab. Das gleich. zeigte sich bei. Parteien gegen. verratverfab. hen Schlag“. rat der Fall. Pg. Walter. eingestellt we. fassung, daß. Zweck verfolg. über die NS. Ein Zeich. wortungsbezw. weisen die

Keine einj. sein, wenn m. ren will.

Ja, viele. nicht, wa r u. men dies auch

Die Ver

In Konf. Versammlung. gleichen Tag. stattfand. In

Wie unser Gauleiter dem Herrn Maier heimleuchtete

Am vergangenen Mittwoch ergriff auch unser Gauleiter Wagner im Landtag das Wort, um in schärfster Form Stellung zu nehmen gegen die badische Regierungsmethoden der letzten Monate. Aus seiner Rede bringen wir folgenden Auszug:

Gauleiter Wagner spricht

Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Sparmaßnahmen. Wir anerkennen dies, jedoch geben uns diese in sachlicher Hinsicht zu weit, in persönlicher aber nicht weit genug.

Das Haus hat Gelegenheit unserem Antrag zuzustimmen, die hohen Bezüge, hauptsächlich der Minister herabzusetzen.

Auch an diesem Hause selbst könnte man sparen, wenn man ihn auf Grund einer Notverordnung auflösen würde. Eine Verwaltungsreform müßte endlich in Angriff genommen werden, um dadurch große Beträge einzusparen. Auch bei den Gemeinden könnten noch erhebliche persönliche Einsparungen durch eine Verwaltungsvereinfachung erzielt werden.

Im folgenden muß ich mich mit dem Kapitel

Polizei und Gendarmerie

befassen. Grundsätzlich muß ich dem entgegenstehen, daß die badische Regierung rigoros gegen die NSDAP vorgeht, weil sie angeblich auf hochverräterischem Weg zur Macht kommen will. Wir Nationalsozialisten sind staatsbejahend, aber wir lehnen die Organisation und die Politik des heutigen Staates ab.

Wir sind entschlossen den Staat mit einem neuen Geist zu erfüllen und Organisation und Politik des Staates grundsätzlich zu ändern.

Wir werden dies aber nicht auf illegalem Wege tun. Sicher gab es früher bei uns Männer die an diesen Weg glaubten. Man sollte aber auch bei den Regierungsparteien anerkennen, daß es Adolf Hitler gelangen ist, im Laufe der letzten Jahre die in Not und Elend gestürzten Massen zu disziplinieren und ihnen eine Gesinnung anzuerziehen, die sich in kommenden Tagen als durchaus staatsbejahend erweisen wird.

Odenburg beweist, daß die NSDAP die einfache Mehrheit erringen kann und ich bin überzeugt, daß wir auch noch die verfassungsändernde zwei Drittel-Mehrheit erringen werden. Warum schließt der Herr Staatspräsident nicht aus den Grundzielen der SPD, die doch auch nur mit zwei Drittel Mehrheit erreicht werden können, daß die SPD eine illegale Organisation ist?

Ich komme zu den Methoden der badischen Polizei:

Der Fall Rotenberg

Was sollte dabei erreicht werden? Die Einladungskarte, die ich hier verlese, ladet zu einem Vortrag über die Ziele der NSDAP ein. Das war das „große hochverräterische Unternehmen“. Der strategische Plan, um dies zu vereiteln, stammt von Ministerialrat Dr. Barch und Herrn Kommissar Schnebele. Dieser strategische Plan wurde auch mit Hilfe erheblicher Polizeikräfte — unter großen Kosten — durchgeführt. Das geschwürdrige dieses Vorgehens bedeutet ein schwerer Streit, der durch dieses Vorgehen zwischen Innenministerium und dem zuständigen Landespolizeiamt ausgebrochen ist.

Herr Barch betonte dabei, man müsse endlich einmal mit der Laubheit gegenüber der NSDAP Schluss machen und scharf durchfahren.

Das Landespolizeiamt war anderer Meinung und lehnte die Verfolgung der Angelegenheit ab. Dasselbe tat der zuständige Staatsanwalt. Ich empfehle dem Minister, den Brief vorzulesen, den der Heidelberger Staatsanwalt an den Generalstaatsanwalt geschrieben hat.

Das gleiche illegale Vorgehen der Polizei zeigte sich bei einem vor Jahresfrist gegen einen Parteigenossen in Freiburg eingeleiteten „Hochverratsverfahren“. Dasselbe war bei dem „großen Schlag“ gegen den agrarpolitischen Apparat der Fall. Das Hochverratsverfahren gegen Dg. Walter Piefel wird ebenfalls ergebnislos eingestellt werden. Ich persönlich bin der Auffassung, daß das Innenministerium auch nur den Zweck verfolgte, Material zur Veröffentlichung über die NSDAP zu finden.

Ein Zeichen des mangelnden Verantwortungsbewußtseins des badischen Systems beweisen die

Redeverbote

Keine einzige Stelle will dahin verantwortlich sein, wenn man sich über so ein Verbot beschweren will.

Ja, viele Parteigenossen wissen überhaupt nicht, warum sie Redeverbot haben und können dies auch nirgends erfahren.

Die Versammlungsverbote

In Konstanz genügte als Grund um eine Versammlung von uns zu verbieten, daß am gleichen Tage eine Reichsbannerversammlung stattfand. In Freiburg wurde eine national-

sozialistische Versammlung von Herrn Wäz verboten, weil einige Tage zuvor in einer Zentrumsversammlung Störungen vorgekommen sind. In Pforzheim ist dasselbe genannt worden.

Ich bin überzeugt, daß es sich hier um Vergeltungsmaßnahmen handelte, also um ausgesprochene Gesetzwidrigkeiten der Polizei.

Das Aufmarschverbot

Als die roten Verbände am 1. Mai marschieren durften, sagte man uns, wenn es an diesem Tage zu keinen Ruhestörungen käme, dürften die NSDAP am 8. Mai ebenfalls marschieren. Wir hatten sogar schon die Genehmigung des Bezirksamtes in der Tasche.

Ich bin aber überzeugt, daß man im Innenministerium von Anfang an entschlossen war, den Aufmarsch der NSDAP zu verbieten.

Man wollte verhindern, daß die disziplinierten Kolonnen der NSDAP von den Massen der Karlsruher Bevölkerung begeistert begrüßt werden.

Auf der anderen Seite aber gibt die Badenwacht bekannt, daß bei Schloß Favoite ein Vorbeimarsch der Badenwacht vor den Zentrumsministern stattfinden werde.

Uns aber behandelt man bei der Schlageterfeier in Schönau in einer Art und Weise, die auch das geringste Gefühl für Piefel vermissen läßt.

Die Versammlungsaufhebungen

Es ist auffallend, daß es immer wieder dieselben Beamten sind, die übrigens alle der Partei des Herrn Ministers angehören, die in rigorosster Weise gegen uns vorgehen. Besonders sind dies die Kriminalbeamten Furrer und Weiker. Dann aber auch Herr Polizeirat Weigel in Pforzheim. Wegen dieses Herrn haben wir eine kurze Anfrage an die Regierung gestellt.

In ihrer Antwort bestreitet die Regierung Dinge, die aus den Akten des Herrn Weigel hervorgehen müssen.

Vielleicht will Herr Weigel durch sein Vorgehen gegen die NSDAP seine früheren Sünden in Mannheim vergessen machen.

Ein Treffen des Jugendbundes „Deutscher Nation“ — einer nicht nationalsozialistischen Organisation bei Bretten wurde von der Gendarmerie schikaniert. Die 200 Kinder wurden im Pfarrhof festgehalten und alle Namen festgestellt.

Am anderen Morgen schritt die Gendarmerie ein, als durch Trompeten das Wecken gebläsen wurde.

Dann wurde befohlen, daß bis mittags 12 Uhr das Dorf geräumt werden müsse. Die Freischar marschierte dann nach Württemberg ab, wo ihr keinerlei Schwierigkeiten gemacht wurden.

den. Das ist der Geist des badischen Innenministeriums. Gesetzwidrig!

Die Hausfuchungen

Der Herr Minister könnte wesentliche Ersparnisse machen, wenn er die Beamten nicht zu Hausfuchungen verwenden würde.

Zudem waren diese bisher immer von keinem Erfolg begleitet.

Wir unterhalten keine Spittel bei Polizei und im Innenministerium. (Zur SPD.) Wir haben sie allerdings bei Ihnen und (zur KPD.) auch bei Ihnen. Aber Sie haben diese auch bei uns.

Wir schicken keine Spittel in den Staatsapparat. Es gibt aber zahlreiche Beamte, die sich dagegen empören, was man der NSDAP an Unterdrückungen antut.

Die Zeitungsverbote

Das Reichsgericht hat in mehreren Fällen Verbote aufgehoben oder verhärtet. Die Tendenz dieser Verbote war rein parteipolitisch.

Der Herr Minister wird nicht bestreiten wollen, daß vor Jahresfrist die Pressekonferenzen der Regierung in einer Konferenz darüber berieten haben, wie man die verhasste NS-Presse erdroffeln könnte.

Als der „Führer“ vor Jahresfrist den Artikel „Brüning als Asche“ brachte, wurde er 4 Wochen verboten, man kündigte ein gerichtliches Nachspiel an. Es blieb bis heute aus. (Dr. Schmitt: Weil Herr Brüning eine Klage abfechtete.)

Ja, warum lehnte dies Herr Brüning ab? Wir hätten den Prozeß zu gern durchgeführt.

In Weil am Rhein hat man Dg. Kramer aus der Versammlung heraus verhaftet, ins Gefängnis geschleppt und ihn später wieder freilassen müssen „weil kein Anlaß zum Einschreiten gegeben ist.“

Bei einem Sturmführer in Reilsheim haben wir einen ähnlichen Fall.

Das ist die in der badischen Verfassung verankerte Freiheit der Person.

Der Organisationsplan der SA

Diese Veröffentlichung der badischen Pressestelle erfolgte mehr im Interesse des Auslandes, als des Inlandes. Wie diese Veröffentlichung wirkte, beweist eine Meldung aus Paris, wo diese sofort gegen Deutschland Verwendung fand.

Es muß nochmals festgestellt werden, daß die Pressestelle des badischen Staatsministeriums Frankreich in die Hände gearbeitet hat.

Das Verbot der SA

Der Herr Staatspräsident hat erklärt, die badische Regierung habe wesentlich zu diesem

Bad. Unterrichtsministerium u. Nationalsozialismus

Nachdem der badische Staatsminister im April seine berühmt gewordene Verordnung gegen die nationalsozialistische Betätigung der badischen Beamtenschaft allgemein erlassen hat, ist ihm auf diesem Gebiet der Minister für Kultus und Unterricht gefolgt mit einer Mahnung an die ihm unterstellten Beamten und Lehrpersonen.

In einem in Nr. 12 des Amtsblattes des Bad. Min. des Kult. und Unter. vom 20. Mai veröffentlichten Erlaß schon vom 9. Mai bezieht sich der Minister auf ein Rundschreiben der „Gauleitung Baden, Abt. II b für Rasse und Kultur der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, das seinerzeit im Februar an die Amtswalter hinausging und bei dem denkwürdigen Streifzug gegen die SA usw. als unschätzbare Beute in die Hände der Polizei fiel.

Dieses Beutestück wollen wir uns etwas näher ansehen. Seine Gefährlichkeit wird vom Minister u. a. folgendermaßen gekennzeichnet:

„Ferner werden darin u. a. Anweisungen gegeben, in welcher Weise verfahren werden soll, um die Befehle der Lehrer- und Pfarrstellen, den Betrieb der Theater und Kinos im Sinne der NSDAP tunlichst zu beeinflussen, sowie um die Lehrerkollegien und die Geistlichkeit in der gleichen Richtung zu erfassen.“

Ich mache die mir unterstellten Beamten und Lehrpersonen darauf aufmerksam, daß es sich hier um ein Vorgehen handelt, das, wie auch sonstige Maßnahmen der NSDAP d. offensichtlichen Zweck verfolgt, Maßnahmen der Bad. Regierung und sonstiger Staatsorgane zu beeinträchtigen, und das geeignet ist, die Staatsordnung zu gefährden. Betätigung in der Richtung des genannten Rundschreibens der NSDAP ist daher allen mir unterstellten Beamten und Lehrpersonen untersagt.“

Dieser unvollständigen Inhaltsangabe des

Rundschreibens Nr. 4 durch das Unterrichtsministerium fügen wir, da die Öffentlichkeit nunmehr ein Recht auf völlige Kenntnis hat, eine weitere Beschreibung hinzu.

In den insgesamt 10 Punkten des Rundschreibens wird z. B. noch Art und Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Gauleitung und Bezirks- wie Ortsgruppen auch in kulturellen Fragen berührt.

Sodann liest man von einem Hinweis auf eine erfolgreiche und weniger kostspielige Gestaltung der Kulturabende.

Ferner wird Einfluß erstrebt auf Künstlerchaft und Personal in badischen Theaterstätten, allerdings eine unerhörte Bestrebung in den Augen von Parteien absterbender Observanz, die meinen, eine Partei habe es nur mit Ministerfesseln, Bonzengehältern und Stimmzetteln zu tun.

Man denkt sogar an die Pflege guter deutscher Musik in den Reihen der Bewegung, womit es im inoffiziellen Deutschland wirklich nicht zum besten bestellt ist.

Auch erfahren wir aus dem berichtigten Schriftstück, daß der weithin nicht unbekannt Kampfbund für Deutsche Kultur eine selbständige Organisation ist.

Hiermit hätten wir das staatsgefährliche Dokument zu Ruh und Frommen des Publikums etwas ausführlicher charakterisiert als der Minister. Verlangen wir nicht zu viel vom Unterrichtsministerium! Es ist doch keine Nachrichtenstelle der NSDAP!

Ihm haben es nun einmal hauptsächlich die Punkte 4, 7, 8 und 9 des Rundschreibens angetan.

Denn es ist staatsgefährlich, auf Theater und Kino im Sinne der NSDAP einzuwirken. Deutschland weiß nachgerade durch Schrift, Wort und Tat, in welchem Sinne der Nationalsozialismus auf das entartete Theater und Kino einwirken will, das badische Unterrichtsministerium anscheinend

Verbot begetragen, ja, sie habe die Absicht gehabt, unter Umständen selbsttätig vorzugehen.

Das Reichsbanner als Hilfspolizei

Die Verantwortlichen dürfen versichert sein, daß wir im gegebenen Augenblick daran denken werden.

Eine Anfrage von uns wurde dahingehend beantwortet, daß das Reichsbanner nicht als Hilfspolizei betrachtet werde, ferner wurde gesagt, daß Polizeibeamte nicht zur Ausbildung des Reichsbanners verpflichtet werden. Ich weiß aber, daß Polizeibeamte, die das nicht freiwillig tun, schief angesehen werden.

Ich weiß aber auch, daß das Reichsbanner als Hilfspolizei von der Regierung ausgebildet wird. Vielleicht nennt es Herr Maier anders. Aber ich weiß, daß das Reichsbanner während der Reichspräsidentenwahl besondere Vorbereitungen getroffen hatte, über die ich mich nicht näher auslassen will, um nicht auch dem Ausland Material zu liefern.

„Wenn auch im Ausschuß unser Antrag auf Ministeranklage gegen Herrn Maier abgelehnt wurde, so wird bald die Zeit gekommen sein, die es uns Nationalsozialisten ermöglicht, Untersuchungen über die dunklen Polizeimethoden des Innenministers Maier des badischen Innenministeriums und seinen unterstellten Organe

zu machen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.“

Innenminister Maier versucht sich zu entschuldigen. Er sei immer objektiv gewesen. Die Quellen, aus denen die nationalsozialistischen Nachrichten entnommen, seien nicht sauber. (Abg. Wagner: „Sie scheinen eine schöne Meinung von Ihrem Ministerium zu haben!“) Maier: In Rotenberg haben wir wenigstens festgestellt, wie der Baron von Eutenburg die nationalsozialistischen Ideen verteilte. Das hat mich hoch befriedigt. (Zuruf der NS.: „Jawohl, als sozialdemokratischer Parteimaier. Wo ist der Hochverrat?“)

Maier: „Wenn das Material der preussischen Regierung dem Oberreichsanwalt nicht genügt, dann weiß ich nicht, was Hochverrat ist.“ (Unruhe.) Weitere Ausführungen des Ministers über die Rede- und Versammlungsverbote waren von vielfachem Lärm unterbrochen. Den Kriminalbeamten Furrer werde er entlassen, sobald auch die NSDAP, jeden ausschließe, der einmal über die Stränge schlage. (Zuruf: „Behalten Sie ihn, er ist Ihnen unentbehrlich.“) Das Reichsbanner sei keine Hilfspolizei und auch nicht von der Regierung alarmiert worden. Es könne allerdings der Fall eintreten, daß die Regierung Bürger zur Aufrechterhaltung der Ordnung einberufen müsse. Er sei aber immer gegen die Einberufung geschlossener Organisationen gewesen. (Dg. Wagner ruft: „Das ist ein Streif um Worte.“)

In einer persönlichen Erklärung stellte Dg. Schmidt-Bretten eine unwahre Behauptung des Abg. Marzloff (SPD.) richtig. Marzloff habe von sich auf andere geschossen.

nicht. So mag es sich denn die Schlussfolgerung gefallen lassen, daß Theater und Kino von heute als Stützen des derzeitigen badischen Staates eingeschätzt werden müssen!

Es ist nach dem badischen Unterrichtsminister staatsgefährdend, daß die nationalsozialistischen Rathausfraktionen bei der Besetzung von Lehrer- und Pfarrstellen ihren Einfluß geltend machen sollen (7. Punkt). Es ist staatsgefährdend, wenn der nationalsozialistische Geist sich vornimmt, an jeder Schule Fuß zu fassen, und wenn auch die Geistlichkeit in seine Organisation einbezogen werden soll (8. und 9.).

Wie? Ist der Nationalsozialismus etwa verboten? Ist ihm etwa Lebens- und Wachstumstreue abgesprochen? Ist er dazu verurteilt worden, ein unterirdisches Gebeimleben zu führen? Hat er sich hinter Türen zu verschließen wie die Freimaurerei, oder in Winkeln zu verkrühen wie Verbrecher oder auf leisen Sohlen zu gehen wie die Spionage und Zuträgerei?

Der Nationalsozialismus steht sichtbar da vor aller Welt, und er wird, nur weil er da ist, wachsen und sich mehren, offen und gerade, auch in Zukunft.

Den Staat wird er nicht gefährden. Aber sicherlich einige Parteiposten.

Der von ihm erfüllte Staat wird zwar, neben vielem andern, auch das vor der heutigen Darstellung des Staates voraus haben, daß er sich ernst und eindringlich mit Werten der deutschen Kultur, wie Theater und Kino befassen wird.

Lothar Lab
„Arbeiteraktivismus“
No Goldmonatblätter dem nationalsozialistischen Belieben

Stadt Mannheim.

Mannheim, den 6. Juni 1932.

Der gestrige Sonntag stand im Zeichen der W.-Ausstellung, die von dem kurzen vormittäglichen Regenschauer nur gewinnen konnte. Es war dadurch für eine angenehme Abkühlung gesorgt, man mußte nicht mehr so sehr den „Staub von den Füßen schütteln“ und die lieben Wieder „Austreten“ etwas angenehmer. Der Besuch erreichte in den letzten Tagen Ziffern, die wir „lebendigen Stätten“ nur alle Jubeljahre erleben. 32.000 am Donnerstag, 65.000 am Freitag, 75.000 am Samstag und der gestrige Sonntag dürfte wohl den Rekord inne haben mit annähernd 100.000 Besuchern. Der Betrieb in der Stadt war auch ganz anständig, es gab immerhin Leute, die sich den Besuch der Ausstellung, der ein happiges Geld kostete, nicht leisten konnten. Ansonsten ist uns etwas sehr angenehmes aufgefallen: Hätte man in der Ausstellung eine Reichstagswahl durchgeführt, es hätte sich für unsere Bewegung eine Mehrheit von mindestens 90 Prozent ergeben, soviel „Hitler“ waren da. Überall und wo man auch ging, ein frisches und freies „Heil-Hitler!“. In den Bierzelten wurde das Horst-Wessel-Lied gespielt, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. In diesem Sinne wollen wir uns in den nächsten Wochen erneut der Arbeit hingeben, um im nunmehr einsetzenden, wohl auch die Entscheidung bringenden Endkampf zur Reichstagswahl den Aufbruch der Nation zu erleben. Unsere Parole sei:

Zum letzten Angriff
mit unermüdlicher Hefigkeit!

Polizei-Bericht vom 4. Juni 1932.

Unfall. In vergangener Nacht stürzte ein Aufseher aus den S-Quadranten in betrunkenem Zustand die Treppe seines Hauses hinunter und erlitt einen Knöchelbruch. Hausbewohner fanden ihn nach einigen Stunden auf. Der Verunglückte fand im Allg. Krankenhaus Aufnahme.

Zusammenstoß. In den gestrigen frühen Vormittagsstunden stießen zwei Radfahrer auf dem Radfahrweg der Waldhofstraße zusammen, wobei der Eine eine Fuß- und der Andere eine Armverletzung davontrug. — Eine Redaktions- und Grabenstraße wurde gestern abend ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen, so daß er an der linken Hand und am linken Ellenbogen verletzt wurde.

Selbstmordversuch. Gestern vormittag brachte sich ein Mädchen aus den S-Quadranten in ihrer Wohnung mit einem Rasiermesser eine Schnittwunde am linken Unterarm bei in der Absicht, sich das Leben zu nehmen. Sie wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Der Grund zur Tat ist bis jetzt nicht bekannt.

Selbstmordversuch. Eine Frau aus der Vorstadtstraße öffnete am 1. Juni in ihrer Wohnung den Gasbehälter, in der Absicht, sich das Leben zu nehmen. Sie fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Das ist ein Skandal, Herr Oberbürgermeister!

Wir erhalten von dem Fürsorgeempfänger Josef Hoffmann, D 4, 1, einen umfangreichen Brief, der ursprünglich in Form eines offenen Briefes an den Herrn Oberbürgermeister veröffentlicht werden sollte, den wir aber mangels des nötigen Raumes nicht bringen konnten. Was uns Herr Hoffmann in diesem Schreiben mitteilt, ist so unangehörig und schlägt dem sozialen Empfinden derart ins Gesicht, daß man kaum Worte findet, diese Tatsachen genügend zu kennzeichnen.

Hoffmann ist seit sechs Jahren arbeitslos und Vorstand einer sechsköpfigen Familie. Was das heißt, kann nur der empfinden, der sich in der gleichen Lage befindet, wie Hoffmann. Keinesfalls aber wird Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich mit seinem Niesengehalt sich in die Lage irgendeines Arbeitslosen versetzen können. Daher kommt es auch, daß so wie das soziale Empfinden des Herrn Oberbürgermeisters auch dasjenige eines großen Teils seiner ihm unterstellten Beamten aussieht. Der Fall Hoffmann ist kein Einzelfall, im Gegenteil, er ist ein Symptom für die soziale Empfindungslosigkeit gewisser Amtsstellen.

Zur Sache selbst: Vor ca. 2 Wochen wurde dem Fürsorgeempfänger Hoffmann auf der Kanzlei des Fürsorgeamtes Pflichtarbeit mit der Aussicht zugewiesen, daß er bei guter Führung und Leistung mindestens sechs Monate beschäftigt werden würde, um wieder in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung zu kommen. Hoffmann hat umfangreiche Rückstände aufgearbeitet und durch den Abteilungsleiter die Gewährung erhalten, daß man mit seiner Arbeit zufrieden war. Für 2 Wochen Beschäftigung hat Hoffmann außer seiner Unterstützung 16,50 Mark Lohn erhalten. Am vergangenen Samstag wurde nun Hoffmann mitgeteilt, daß seine Pflichtarbeit beendet sei, und er nicht mehr zu kommen brauche.

Und nun kommt der Skandal!

Für den Fürsorgeempfänger Hoffmann, der für eine sechsköpfige Familie aufzukommen hat, der seit sechs Jahren auf der Straße liegt und mit den Bettelstufen des Systems haushalten mußte, war angeblich keine Arbeit mehr vorhanden.

aber für eine ledige junge Dame ist an der gleichen Stelle ständige Arbeit vorhanden.

Wir haben keine Worte für eine derartige Handlungsweise und brauchen uns nach diesem Vorgang nicht mehr zu wundern, wenn die Dinge allmählich eine Form angenommen haben, die ganz in den Rahmen der allgemeinen Zustände in allen Verwaltungen paßt. Statt daß das Fürsorgeamt und damit die Stadtverwaltung Mannheim ihr eigenes Interesse wahr, indem sie dafür sorgt, daß der Fürsorgeempfänger Hoffmann schnellstens wieder in den Genuß einer Reichsunterstützung gelangt und damit für die Wohlfahrtsunterstützung als Empfänger entfällt, legt man diesen Mann nach einer beschwerdigen Arbeit auf die Straße, um eine einzellebende Person, die, selbst wenn sie Fürsorgeempfängerin wäre, für die Stadt Mannheim

doch eine geringere Belastung bedeuten würde, an seine Stelle zu setzen.

Auf die Anfrage Hoffmanns, warum man ihm die Arbeit wieder nahm, wurde gesagt:

Die Verwaltung hat den Wechsel bestimmt. Hoffmann ist unbestraft, hat einen einwandfreien Leumund, besitzt gute Zeugnisse und ist eine nachweisbar fleißige Arbeitskraft mit vielseitiger Verwendbarkeit.

Wir fragen: Warum mußte Hoffmann als Familienvater einer ledigen weiblichen Kraft weichen?

Wir fragen und vermuten, daß die maßgebenden Stellen sich über diesen Fall genau so in Schweigen hüllen werden, wie bei ähnlichen Fällen. Wir haben aber nicht die Absicht, es dabei beruhigen zu lassen, im Gegenteil, wir werden das Schicksal des Fürsorgeempfängers Hoffmann zum Anlaß nehmen, ganz gehörig in die Mithras, wie sie sich allmählich mehr und mehr auf den städtischen Beamten und Stellen breit machen, hineinzuleuchten, unter anderem auch in den nächsten Tagen in R 5. Wir sind der Meinung, daß persönliche Antipathien von Fürsorgebeamten nicht dazu benutzt werden dürfen, Ungerechtigkeiten zu begehen, zum Schaden

der städtischen Finanzen und zum Schaden der Steuerzahler überhaupt.

Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß auch persönliche Sympathien nicht so weit gehen dürfen, daß man langjährige Arbeitslose von einer regelmäßigen Beschäftigung zu Gunsten einer persönlich genehmteren Persönlichkeit ausschließt.

Wir sind mit Hoffmann der gleichen Meinung, daß es nicht die Aufgabe des Herrn Oberbürgermeisters sein kann, tausend Einzelheiten nachzugehen aber dafür halten wir ihn verantwortlich, daß er ermittelten Ungerechtigkeiten nachgeht und sie unbedingt abstellt.

Die ganze feierliche Art, das Unvermögen, dem harten Schicksal weiter Widerstand entgegenzusetzen zu können, kommt im letzten Satz des Briefes zum Ausdruck, der lautet:

„Was gedenken Sie zu tun, Herr Oberbürgermeister, heute oder später, wenn eine sinnlose Verweisung meine Familie unglücklich macht oder mich ins Zuchthaus bringt?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich, das ist eine Anfrage und gleichzeitig eine Anklage, wie sie geklender nicht in Ihren Ohren klingen könnte. Dießmal.

Steuerkalender

Mitgeteilt vom Städt. Nachrichtenamt. Stadt-Direktion 31/32. Bis zum 8. Juni: Gebäudesteuer für Mai 1932. Bis zum 15. Juni: Hundesteuer 1. Viertel 32/33. Bis zum 21. Juni: Gemeindegeldsteuer für Mai 1932. Bis zum 24. Juni: Gebühren für Mai 1932. Bis zum 30. Juni: Gemeindegeldsteuer für Juni 1932. 14 Tage nach Erhalt des Forderungsjournals: Schulgeld der Höheren Lehranstalten für das 1. Quartal 1932/33; Handelsschulgeld 1. Drittel 1932/33; Gewerbeschulgeld 1. Drittel 1932/33; Betriebsbeitrag für das Sommerhalbjahr 1932/33; Schulgeld der Höheren Handelsschule für Mai und Juni 1932. — Finanzamt: Bis zum 5. Juni: Lohn- und Kräftesteuer für 16. bis 31. Mai 1932. Bis zum 10. Juni: a) Körperschaftsteuer 2. Vierteljahr 1932, b) Einkommensteuer nebst Landeskirchensteuerzuschlag 2. Vierteljahr 1932, c) Umsatzsteuer für Mai 1932, d) Börsenumsatzsteuer für Mai 1932. Bis zum 20. Juni: Lohn- und Kräftesteuer für 1. bis 15. Juni 1932. Bis zum 30. Juni: Versicherungssteuer für Mai 1932.

Empfangsabend bei der W.-Farbenindustrie in Ludwigshafen. Die Direktion der W.-Farbenindustrie hatte gestern Abend anlässlich der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Mannheim zu einem Empfangsabend in ihrem Gesellschaftsraum eingeladen. Erschienen waren Vertreter der für die Landwirtschaft zuständigen Reichs- und Staatsministerien, fast sämtliche Vorstandsmitglieder der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und die Mitglieder des Düngervereinigungsausschusses der W.-Farbenindustrie, die beiden Oberbürgermeister von Mannheim und Ludwigshafen, ferner von den deutschen Landwirtschaftskammern deren Präsi-

denten und geschäftsführende Direktoren, Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrates, Professoren der Landwirtschaftlichen Hochschulen bzw. Universitäten, Leiter der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und sonstige namhafte Vertreter der landwirtschaftlichen Wissenschaft und Praxis. Des weiteren bemerkte man die Führer der großen landwirtschaftlichen Körperschaften, der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände, landwirtschaftlicher Fachverbände, Vertreter bester Düngemittelindustrie und zahlreiche Vertreter der Presse. Nachdem Herr Direktor Dr. Claus von der W.-Farbenindustrie die Erschienenen begrüßt hatte, hielt Herr Direktor Dr. Krauch einen Vortrag über die Arbeiten der W.-Farbenindustrie Aktiengesellschaft auf dem Gebiete der Herstellung von Stickstoffdüngemitteln. An den Vortrag schloß sich ein zwangloses gemeinsames Beisammensein in den Räumen des Gesellschaftsraumes an.

Parole-Ausgabe. ORTSGRUPPE MANNHEIM.

RS. Frauenschaft, Dienstag, den 7. Juni, nachmittags 2 Uhr, Besprechung. Erscheinen sämtlicher Sektionsleiterinnen, Kassierinnen usw. ist Pflicht. Pp. Dr. Kattermann, Hauptschriftleiter des Hakenkreuzbanners ist anwesend. Die Leiterin.

RS. Frauenschaft, Sektion Deutsches Eck, Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal zur „Freiheit“, R 4, 11. Pflicht-Mitglieder-versammlung. Die Sektionsleiterin.

RS. Frauenschaft, Sektion Rheinfurter, Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Schneeberg“, D 4, 5. Pflicht-Mitglieder-Versammlung. Die Sektionsleiterin.

Alte Kunst und Leben

Zur Aufführung erworben. Intendant Herbert Meiß hat Tschikowsky's in Deutschland noch nicht aufgeführte komisch-fantastische Oper „Die goldenen Schuhe“ in der Bearbeitung von Heinrich Burckard zur alleinigen Aufführung für die nächste Spielzeit erworben.

Eröffnung des halb-jährlichen Musik-Kurses an der badisch-pfälzischen Hochschule für Musik in Mannheim.

Zu einer eindrucksvollen Feier hatte sich ein leider nicht sehr großes Auditorium im Vortragssaal in L 2, 9 zusammengefunden. In kurzen einleitenden Worten schilderte Direktor Max Welker die Vorgeschichte und das Zustandekommen dieses neuen Wirkungszweiges der Anstalt, worauf Pater Willibrod Ballmann vom Stift Neuburg bei Heidelberg als Dozent für diesen Kursus das Wort ergriff. Er ist ein tiefgründiger Kenner der Musica sacra sowohl, als der profanen Musik und legte die Bedeutung des Choralstudiums im Besonderen und des Kirchenmusikstudiums im Allgemeinen innerhalb des Lehrplanes einer Musikhochschule in eindrucksvoller, fesslender Weise dar. Das Ideal der liturgischen Musik sei der Choral, ein „Gebet in Tönen“. Wenn er alle Musik, die weltliche Musik (begriffen) die nicht aus dem Geiste der Religion heraus geboren wird, als Pseudokunst kennzeichnet, so kann ihm hier jeder wirklich ernsthaft Musiker, ja auch jeder Künstler anderer Disziplinen beipflichten. In treffender Weise kennzeichnet er weiterhin alle dazugehörigen Eigenschaften, die für den angehenden und gewordenen Kirchenmusiker zur sinnvollen Ausfüllung seines hohen Amtes unumgänglich sind.

Wenn der Vorgesetzte des Dozenten, der hochw. Abt vom Stift Neuburg in seinem Schlusswort die Notwendigkeit betonte, daß die Menschen besser läten, sich auf das zu besinnen, was

sie einst, nicht was sie trennt, und daß die Musik nicht zuletzt die geeignete Ebene sei, auf der die Christen beider großen Konfessionen sich verstehen und zum Wohle des Ganzen finden könnten, so muß jeder Nationalsozialist mit ihm einer Meinung sein.

Die Ausführungen der Redner wurden in stimmungsvoller Weise durch religiöse a-cappella-Chöre des Cäcilienvereins Weinheim umrahmt.

Auf die nun regelmäßig jeden Dienstag 8 1/2 Uhr im L 2, 9 stattfindenden Vorträge seien alle wahren Musikfreunde hiermit eindringlich hingewiesen. S. E.

Beim Trachtenabend im Rosengarten.

Zum Trachtenabend am Samstag im Rade- lungenaal des Rosengartens hatte sich ein gemächliches Völkchen in seiner Heimatstracht aus allen Ecken Deutschlands eingefunden. Die Cavalerie war recht gut besetzt, dagegen wiesen die Tische im Saal noch bedenkliche Lücken auf, die durch die einmarschierenden Mitwirkenden teilweise aufgefüllt wurden. (Aß auch kein Wunder, 10 Pfennig städtische Steuer plus 50 Pfennig Eintrittsgebühr plus 50 Pfennig Tischplatzzuschlag plus 50 Pfennig Caderobegeld plus Getränkespenden hat nicht jeder in der Tasche.) Frh. Fegbeutel, Mannheim, entledigte sich seiner Aufgabe als Anführer in sehr humorvoller Weise. Er ließ nacheinander Markgräferinnen, Oberdorfer, Willinger, Schönauer, die „Alt-Weinheimer“, Neckarauer Gebirgsstrachten, Badnanger und Wendelsteiner auf die Bühne kommen, die jeweils Lieder und Tänze aus ihrer Heimat brachten und alle sehr gut gefielen. Das Publikum sparte denn auch nicht mit Beifall. Eine besondere Ueberraschung bedeutete Wilhelm Heimer und Eise Wagner, die beide noch etliches zugeben mußten. Die Pausen wurden mit schneidigen Märschen von 3 Trachtenkapellen ausgefüllt, zum Schluß versammelten sich die Tanzlustigen in der Wandelhalle, um das Tanz-

bein zu schwingen. Das Ganze ein wirklich genussreicher Abend, man sah nur kernige echt deutsche Gestalten, die sich ihre ungekünsteltesten treudeutschen Volkslitten erhalten haben. Keine mißstimmenden grölenden Schläger, wie sie Holzaender in seiner „Angel-Tongleret“ fabrizierte. Aber eine mißstimmende Tatsache mußten wir doch feststellen: Man hatte die Garde robegebühr wiederum um 50 Prozent erhöht, die Besucher mußten diese „Chre“ zu schätzen, sie nahmen ihre Sachen mit in den Saal. Recht so! Ka.

KINO

Universum. „Ein toller Einfall.“ Tatsächlich ein bißchen zu toll für ein harmloses Gemüt. Der Film ist nicht gerade sehr gut; denn dafür ist sein Inhalt zu geist- und sinnlos. Er ist aber färschlich auch nicht schlecht, denn dazu ist die Leistung der Darsteller und der Kameraleute viel zu großartig. Es ist auch eine Filmoperette, aber sie hat den Vorzug, viele neue Dessen, gute Einfälle und ein wirklich angenehmes Spiel aufzuweisen. Der Inhalt ist eigentlich wenig inhaltsreich: Ein Plette gegangener Schloßbesitzer muß zu einem Freund nach England fahren, um diesem sein Schloß aufzubringen. Des Besitzers Neffe jedoch richtet während der Abwesenheit seines Onkels im Schloß ein Hotel ein, um zu „sanieren“. Inzwischen kommt jedoch auch die Tochter des englischen Freundes, um sich da Schloß-Hotel anzusehen. Der Neffe verliebt sich mittlerweile in ein Mädchen mit demselben Namen, von dem er annimmt, sie wäre die Tochter des Engländers. Zum Schluß verheiratet er sie natürlich. — Sehr angenehm empfunden man die vorzüglichen Aufnahmen, die den blendenden Kameraleuten ein Lob einbringen. Willy Frick entzückt durch sein bekanntes Spiel. Leider sieht man diesen Künstler fast nie in wirklich künstlerischen Rollen eingesetzt. Nicht vergessen sei die Bühnen-

darbietung des Jongleurs Salerno, der durch seine Geschicklichkeit zu begeistern versteht.

Kory. „Frau Lehmanns Töchter.“ Drei nette Töchter sind der Stolz und das Glück der Pförtnerinwitwe Lehmann. Die Sorge um die Zukunft ihrer Lieblinge führt sie auf Wege, die man bei einem liebenden Mutterherzen verstehen kann, um ihnen eine bessere Zukunft zu sichern, als ihr Los war. „Das Glück es kommt, das Glück es geht“ scheint sich auch bei der Familie Lehmann zu bewahrheiten, bis sich die Verwirrung klärt und alles beim „happy end“ fröhlich zusammenfindet. Die schlichte Handlung erhält ihr besonderes Gepräge durch tolle Mißverständnisse, die große Heiterkeit hervorrufen. Nicht vergessen sei das gute Spiel der Darsteller, unter denen man glücklicherweise vergebens nach einem jüdischen Topus Ausschau hält.

Schauburg: „Der schönste Mann im Staate.“ Wir haben schon mehrere Male auf diese jüdischen Mißverständnisse hingewiesen, so daß es sich erübrigt, auf die Tendenz des Filmes einzugehen. Es sagt sei nur, daß der Titel absolut nicht dem Inhalt entspricht. Wahrscheinlich verfaßt man jetzt durch diese Methode das Publikum herbeizujohlen, nachdem es die Kassenbroschüre schon hat. Im Beiprogramm läuft „Der Deserteur von Arras“, eine kümmerliche Produktion mit der bekannten amerikanischen Sentimentalität.

Capitol: „Der Sieger.“ Mit dem gegenwärtigen Programm hat sich das Neckarstadtkino Spielhaus den Wünschen besonders vieler Ausstellungsbesucher angepaßt. Ein Operettenfilm, anspruchs- und inhaltslos, aber flott und mit prima Besetzung. Denn der bewegliche blonde Hans Albers erobert sich im Ra alle Herzen. — Seine Partnerin Käthe von Nagy fügt sich vorzüglich ein. Ein richtiges Beiprogramm.

Ne



WFR Mannheim

Am Samstag des WFR Germania Frieden mit reichlicher Entpulsung, die auch war. Vor dem Tor, dem die durch Germania Eismeters den konnten.

Wiesbad

Waldhof, mit den hoch entwickelten technischen Fertigkeiten überlegen. Zeit der Halb- und die Gäste- gung hatten, k- chen Sturm der halten, so daß endete. Wiesb- ferreibe, währe und nur gering

W. Kollat

Bei ziemlich beiden mit E- ein schönes, int- Kollat überre- Spieler, wie a- schaft. Einen t- der neu zusam-

verlie

Ein une

Norddeutsch

Vor über 50 auf dem recht Leipzig das E- pokal statt, da- den 2:1 Sieg d- Mannschaften- tischen Anhäng- fahren. Beide- der beste Mann- durch das aufre- here faktische- schen fechten n- ein, während d- Ueberkombinati- kommen woll- läufige. Was- aber immer mi- Nordens.

Uebertragen 12. Minute id- nation Dorfel- Abwehr in Be- des Sädens len- die Folge war- ausgelassen. D- aber nur zu 9- Norddeutschen- in der 41. M- Vorlage von 9- Halbzeit brach- die aber beider- glücklichen V- vor Schluß dur-

1. FC 05

1. FC 05 bes

1. FC 05 -

Die Mannf- Sieg über de- Samstag aben- endlich zu ein- Selbst wenn n- mit vier Erfah- Schmälzung d- wie Aiders St- verfügen. Das- den der Gäste- Torerfolgen kan-

